

*Sperfrist 14. Juni 12<sup>00</sup> Uhr*

Rede des Ministers zum Treffen der Verteidigungsminister des  
Warschauer Vertrages am 14. Juni 1990 in Strausberg

023

Meine sehr verehrten Herren Verteidigungsminister!

Ich rechne es mir als eine hohe Ehre an, Sie hier heute empfangen und begrüßen zu dürfen. Für mich ist es in vielfacher Hinsicht eine besondere Ehre.

Einmal bin ich, wenn ich es recht sehe, der erste zivile Minister, der Gastgeber der Versammlung der Verteidigungsminister dieses Paktes ist. Zum anderen bin ich der erste Minister für Abrüstung und Verteidigung, der programmatisch diesen Titel selbst gewählt hat, um zu signalisieren, dass Sicherheitspolitik in Europa eine neue Dimension erlangt hat.

-2

Zum dritten sind Sie Gast in einem Teil Deutschlands, der sich in besonderer Weise in einem Umbruch befindet.

Wir sind zusammengekommen, weil wir gemeinsam über das Bündnis nachdenken wollen, das wir 35 Jahre lang gestaltet haben, das uns verbunden hat, unter dem wir manchmal gelitten haben, das wir aber dennoch auch als ein Bündnis zur Befriedigung unseres jeweiligen Sicherheitsbedürfnisses gesehen haben. Es war immer auch ein Freundschaftsbündnis. Einfach haben wir es mit diesem Bündnis nicht gehabt.

Vor 35 Jahren, bei seiner Gründung, schlossen sich die 8 Teilnehmerstaaten unter Führung der UdSSR zusammen, weil sie es in der Nachkriegszeit für sinnvoll und angemessen hielten.

In West- und Osteuropa hatten sich nach dem Krieg zwei unterschiedliche gesellschaftliche Systeme gebildet. Beide Systeme hatten eine Schutzmacht, an deren Bedeutung die kleineren Staaten partizipierten. NATO und Warschauer Vertrag wurden zum Ausdruck der Spaltung Europas.

Die Trennungslinie dieser beiden Systeme verlief mitten durch Deutschland. Im Osten entwickelte sich ein Staatenbund, der durch stalinistische Strukturen der totalitären Machtausübung zusammengehalten wurde.

Es war ein Staatenbund, der zugleich versuchte, die Grundideen eines durch die marxistische und leninistische Lehre geprägten Sozialismus und Kommunismus zu verwirklichen. Zentralistische Planwirtschaft war eines der Kennzeichen dieses Systems.

Der Glaube, daß mit den bestehenden Methoden eine menschlichere und gerechtere Welt als im Kapitalismus zu verwirklichen sei, hat uns viele Jahre lang auch freundschaftlich und solidarisch verbunden.

Daneben entwickelte sich im Westen Europas ein demokratisches und marktwirtschaftliches System, das wir als feindlich, menschenverachtend und ungerecht angesehen haben.

Wir mußten jedoch feststellen, daß es den Menschen in diesem westlichen System aufgrund vieler Bedingungen bald materiell besser ging als den Menschen in Osteuropa. Sie lebten freizügiger, hatten demokratische Regierungen, eine soziale Marktwirtschaft und eine sehr effektive Wirtschaft. Wir haben in unserem Denken dieses System häufig als feindlich angesehen.

Die Teilung Europas in zwei kontroverse Machtblöcke verlief parallel zur Teilung Deutschlands. Der westliche Teil Deutschlands schloß sich der NATO an, der östliche Teil dem Warschauer Vertrag.

Politische, ökonomische und gesellschaftspolitische Gegensätze bestimmten hinfot das Denken der Menschen in Europa. Wir nannten das Ost-West-Konflikt oder auch Kalter Krieg.

Wir lernten damit zu leben. Konfrontatives Block- und Systemdenken bestimmten unser Leben in fast allen Bereichen. Dies führte zu einem militärischen Denken. Das setzte eine Rüstungsspirale in Gang, die bis heute nicht entscheidend gestoppt zu sein scheint. Beide Systeme haben, um ihr Sicherheitsbedürfnis zu befriedigen, in einem Maße aufgerüstet, wie es das bisher in der deutschen Geschichte nicht gegeben hat.

Die Absicht der Vertragsunterzeichner von Potsdam wurde dadurch in ihr Gegenteil verkehrt. Es sollte ein entmilitarisiertes Deutschland geschaffen werden, von dessen Boden nie wieder ein Krieg ausgehen sollte. Die Anhäufung von Waffen führte nicht dazu, daß sich die Menschen sicherer fühlten, sondern sie fühlten sich zunehmend mehr bedroht. Hinzu kam, daß viele Menschen in der DDR glaubten, daß sie im Westen ein besseres Leben führen könnten. Darum verließ mehr als eine Million Bürger dieses Land, in dem Sie heute zu Gast sind.

Längst hatten die Politiker in Ost und West einsehen gelernt, und die Menschen hatten es erlebt, daß es den Siegern des Weltkrieges zum Teil schlechter ging als den Besiegten.

Die riesigen Opfer, die die Sowjetunion im Kampf für die Befreiung von der deutschen Invasion gebracht hatte, zehrte an den Kräften. Verheerende Folgen des Krieges hatten auch die Polen, die Tschechen und Slowaken, die Ungarn und andere osteuropäische Völker zu tragen.

Der Westen wurde dank seines Systems der Marktwirtschaft und dank der großzügigen Hilfe durch die Amerikaner schneller mit den Folgen fertig. Osteuropa fühlte sich häufig unterlegen. Aber es verband sich im Kampf für die Erhaltung des Friedens und der Kampf gegen den Faschismus wurde zum Bindeglied dieser osteuropäischen Gemeinschaft.

Das gemeinsame Studium vieler Offiziere in Moskau hat ebenfalls verbindend gewirkt. Durch gemeinsame Manöver und gemeinsame Ausbildung ist eine Waffenbrüderschaft entstanden. Das militärische Denken hat aber dominiert.

Und neben der Verteidigungsfunktion hat der Warschauer Vertrag leider auch eine Ordnungsfunktion gehabt. Das Bündnis war geprägt durch Opportunität, durch Anpassung und durch Gleichschritt im Denken und Planen. Es wurde unbeweglich und undemokratisch. Einhergehend mit der zunehmenden Schaffung von immer mehr Unsicherheit, durch Overkill und enormen Recourcenschleiß, durch permanente Aufrüstung entstand ein nicht mehr haltbarer Zustand.

Der Einmarsch von Truppen der Teilnehmerstaaten 1956 in Ungarn und 1968 in die CSFR fand entgegen den im Vertrag vereinbarten Grundsätzen der Achtung, der Unabhängigkeit und der Souveränität der Staaten und der Nichteinmischungsklausel in die inneren Angelegenheiten statt.

Das hat unser Rechtsempfinden erheblich gestört und zur Bildung von Menschenrechtsgruppen und Friedensgruppen geführt. Der Demokratisierungsprozeß setzte in ganz Osteuropa ein und fand seine Unterstützung durch die Politik Michail Gorbatschows.

Michail Gorbatschow wurde zur Hebamme der Demokratie, Vater und Mutter waren die Charta 77 und die Solidarnosc und die Menschen, die auf die Straße gingen. Eine Wende trat ein. Sie findet immer noch statt.

Neu an der Politik ist auch der Umgang mit der Vergangenheit. Früheres Unrecht wird als solches öffentlich anerkannt und zugegeben. Die Sowjetunion hat offiziell die Zusatzprotokolle zum Hitler-Stalin-Pakt als unrechtmäßig erklärt und die Annexion der baltischen Staaten als unrechtmäßig bezeichnet.

Die neugewählte Volkskammer hat sich bekanntlich wegen der Aktionen vor dem tschechischen und slowakischen Volk entschuldigt. Die NVA steht zu dieser Entschuldigung, auch wenn sie an den Handlungen nicht direkt beteiligt war.

Die Moskauer Tagung des Warschauer Vertrages fand auf dem Hintergrund eines veränderten Osteuropas statt. Erstmals trafen sich Vertreter frei gewählter Regierungen, die souverän und selbständig, frei von allem Druck und irgendwelchen Drohungen über das Schicksal Europas und über das Schicksal des Warschauer Vertrages berieten.

Die in den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages eingetretenen demokratischen Veränderungen haben neue Bedingungen für das von ihnen angestrebte System der kollektiven Sicherheit in Europa geschaffen, mit dem die beiden sich gegenüberstehenden Militärblöcke überwunden werden können. Wir sind uns dessen bewusst, daß die beiden Bündnissysteme heute noch eine Realität darstellen, die der Aufrechterhaltung von Stabilität und Sicherheit dienen.



Die Existenz des Warschauer Vertrages ist Voraussetzung dafür, daß Wien I abgeschlossen werden kann. Hätte sich der Warschauer Vertrag am 7. Juni aufgelöst, wäre die Voraussetzung dafür hinfällig geworden.

Die Bevölkerung der DDR hat bei den Wahlen am 18. März und am 6. Mai diesen Jahres ihren Willen zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten unmißverständlich zum Ausdruck gebracht. Das darf kein beunruhigender Prozeß werden. Der Ministerpräsident Lothar de Maizière hat zum Auftakt des Gipfeltreffens am 28. Mai gesagt: "Die deutsche Vereinigung soll die Gemeinschaft der Europäer stärken und die Vertiefung des KSZE-Prozesses fördern. Jeder in Europa muß wissen, daß die deutsche Einheit nicht weniger,

sondern mehr gesamteuropäischen Zusammenhalt bringen und die Sicherheit aller erhöhen wird.

Die deutsche Vereinigung soll die Spaltung Europas beenden. Im Zuge der 2+4-Verhandlungen ist es daher unabdingbar, den sicherheitspolitischen Interessen unserer osteuropäischen Nachbarn, in erster Linie der UdSSR, Polens und der Tschechoslowakei in gleicher Weise zu entsprechen, wie dies gegenüber den anderen europäischen Partner des zukünftigen Deutschlands der Fall sein soll."

Dies ist Programm der Regierung dieses Landes. Wir wollen das gemeinsame Haus Europas. Ich spreche lieber vom gemeinsamen Heim, das hat für mich etwas mit Wohlsein zu tun. Es soll sich Jeder in diesem Haus wohlfühlen können.

Es nutzt ja nichts, wenn wir zusammen an einem Tisch sitzen, wenn die Lampen ein gemütliches Licht geben, die Bedienung zuvorkommend und freundlich ist, das Tischtuch ist weiß und sauber, aber es gibt nur Selleriesalat.

Wenn ich weiß, daß einer keinen Selleriesalat verträgt, dann kann ich mich - wenn ich will, daß sich alle wohlfühlen - nicht nur auf ein Gericht beschränken.

Wir wollen aber, daß sich alle wohlfühlen. Und dann kann auf dem Hintergrund einer belasteten gemeinsamen Geschichte das neue System nicht NATO heißen und nicht Warschauer Vertrag. Ich muß ein neues Gericht auf den Tisch bringen.

Ich stelle mir das als KSZE-Gericht vor. Das geht aber nur, wenn sich auch die NATO grundsätzlich wandelt. Sie alle, die Sie hier sitzen, wissen, wie weit sich bereits der Warschauer Vertrag gewandelt hat. Damit sich alle wohlfühlen, muß der Wandel weiter fortgesetzt werden.

Wir haben für uns bei der Zusammenkunft des Politisch Beratenden Ausschusses in Moskau am Anfang dieses Monats ein klares Bekenntnis zur KSZE-Struktur abgelegt. Darin ist ein klares Bekenntnis zur Abrüstung enthalten. Wir wollen die Wiener Verhandlungen fortsetzen und Wien I in diesem Herbst abschließen.

- 16

Aber bei aller Zukunftsvision haben wir nur dann eine Chance, wenn wir realistisch bleiben, nüchtern, sachlich und logisch auf der Grundlage klarer Analysen gemeinsame Standpunkte erarbeiten und diese mit den anderen Partnern abgleichen. Nur dann können wir ernstgenommen werden. Bei aller Analyse und Nüchternheit müssen wir uns aber auch genügend Offenheit für immer neue Modelle lassen.

Ich sage das nicht ohne Hintergrund.

Seit acht Wochen führe ich als Minister für Abrüstung und Verteidigung mein Amt. Es ist ein widersprüchliches Amt. Programmatisch soll die Abrüstung Vorrang haben, weil ich nicht glaube, daß mehr Waffen mehr Sicherheit schaffen. Aber zugleich weiß ich, daß kein Vakuum im Herzen Europas entstehen darf.



Das würde einen Zustand der Instabilität darstellen, zu einem Ungleichgewicht führen. Nach der Überwindung des Gleichgewichtsgedankens als Grundlage friedensfördernder Politik sind wir auch zu einseitigen Vorleistungen bereit, weil wir uns zur Zeit keinen Angreifer vorstellen können, der unser Land überfallen wollte.

Es scheint bei aller nüchternen Betrachtung so zu sein, daß das geeinte Deutschland Mitglied der NATO sein wird. Eine andere Mehrheitsentscheidung eines neuzubildenden Parlaments ist nicht vorstellbar. Um die Sicherheitsstruktur Europas nicht zu gefährden, wird es aber keine NATO-Truppen auf dem Gebiet der heutigen DDR geben dürfen.

Aber es kann eine verkleinerte, schlagkräftige NVA geben, die mit rein defensiven Strukturen in der Lage ist, das Territorium zu verteidigen. All dies ist nur möglich, wenn sich die beiden Bündnisse wandeln, wenn sie ihre Ziele ändern.

Wir richten uns auf viele Szenarien ein. Wir können uns auch vorstellen, daß Deutschland ein Bindeglied zwischen zwei Bündnissen ist. In zwei Bündnissen, die sich gegenseitig versichert haben, sich nicht anzugreifen, sich partnerschaftlich im gemeinsamen Handeln zur Sicherung des Friedens und der Erhaltung eines gemeinsamen Rechtsrahmens verpflichtet.

Ich habe in Moskau dazugelernt. Ich habe von Ministerpräsident Antal das Modell einer zeitlichen Verflechtung schätzen gelernt.

Sein Denkansatz macht die Zwischenlösungen überflüssig. Es wird aus einer Strecke zu einem Punkt gebracht.

Wir müssen die Stunde nutzen. Wir wollen den Prozes der europä-  
schen Einigung mit aller Kraft vorantreiben. Aber wir müssen  
dabei unsere Füße ein bißchen unter Kontrolle nehmen. Die einen  
geben Gas und wollen Prozesse beschleunigen, die anderen  
bremsen.

Diese Tätigkeiten müssen im Hinblick auf ein gemeinsames Ziel  
koordiniert werden.

Wir gehen davon aus, daß es den Warschauer Vertrag noch bis  
Ende 1991 geben wird. Bis zur Auflösung oder zur Überleitung  
wird er seinen Charakter verändert haben. Ziel bleibt: Die Gegner  
von gestern werden Partner von morgen!

Das wird nach meiner Einschätzung nur gelingen, wenn die Einigung  
Deutschlands mit der Einigung Europas synchronisiert wird. Wenn  
der Prozes der Vereinigung ein bißchen verzögert wird, und wenn  
gleichzeitig alle vorhandenen geistigen und administrativen  
Kräfte verstärkt eingesetzt werden, um den Prozes zur Schaffung  
einer Gesamteuropäischen Sicherheitsunion und zur Institutional-  
sierung der dazu gehörigen Kontrollorgane einschließlich eines  
Verifikationszentrums für den Abrüstungsprozes zu installieren,  
dann kann am 1. September 1991, dem Weltfriedenstag, die Geburts-  
stunde eines neuen Europas und eines geeinten Deutschlands  
sein.

Eine solche Verzahnung der Ereignisse könnte allen Beteiligten helfen, das schlechte Gewissen abzubauen.

Mich haben die sehr schnell abgelaufenen Prozesse in der deutschen Politik des letzten Jahres ermutigt, diese Vorstellung hier als realisierbares Modell weiterzutragen. Wer mir vor einem halben Jahr gesagt hätte, daß Europa im Juni 1990 sich so rapide verändern würde, daß der Warschauer Vertrag sich zu einem solchen Programm durchringen würde, daß ich als Bausoldat und Wehrdienstverweigerer an diesen friedensstiftenden Prozessen in dieser Runde würde mitwirken können, den hätte ich vermutlich für einen Spinner gehalten.

Ich hoffe nur, daß die zukünftigen Partner im Westen sich der Geschwindigkeit geschichtlicher Veränderungen anpassen können.

le halten uns - so glaube ich manchmal - immer noch für ver-

ber wir müssen gemeinsam vermitteln, daß wir hier genau reale Politik machen, wie im reichen Westen.

ir wollen Realitäten schaffen, friedensfördernde, vertrauensbildende, kalkulierbare und einer gerechteren und ökologischen Weltgestaltung verpflichtete Realitäten.

azu gehört, daß wir schon jetzt völkerverbindende und blocküber-

ir haben die Bildung einer deutsch-polnischen Brigade angedacht, und wir sehen dies als Konzept zur Überwindung der Blöcke und zur Überwindung der Spaltung.

Ich kann mir solche gemeinsamen Brigaden mit vielen Ländern in Europa vorstellen. Sie sollen einen Anlauf zur multinationalen Führungsstruktur unserer Streitkräfte bilden.

Für mich ist damit ein Stück gestalteter Zukunft verbunden.

Wir müssen aufhören, das Entweder - oder als einziges Muster unseres Handelns zu akzeptieren. Es kann nur gelingen, die Gegner von gestern zu Partnern von morgen zu machen, wenn wir das Sowohl-als auch als eine Möglichkeit akzeptieren.

Lassen Sie uns in diesem Sinne an einem gemeinsamen Europa bauen, lassen Sie uns alle Kontakte und Freundschaften, alle Achtung, die wir uns errungen haben, nutzen, um den KSZE-Prozess zu beschleunigen, die Institutionalisierung voranzutreiben, das Konfliktforschungszentrum zu einem Konfliktverhütungs- und Verifikationszentrum schnell umzubauen und arbeitsfähig zu gestalten. Lassen Sie uns die Phantasie instrumentalisieren und das Wissen über die Institutionen, die mit dem Prozess in Europa bereits befaßt sind, vervielfachen.

Und lassen Sie uns dies zügig, kooperativ und partnerschaftlich tun.